










BESCHLUSS

In dem schiedsgerichtlichen Verfahren

des **Bundesvorstands der Piratenpartei Deutschland**,
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin,
Prozessbevollmächtigter:  **A** ,
,

Antragsteller,

g e g e n

den  **B** ,
,
Prozessbevollmächtigter:  **C** ,
,

Antragsgegner,

wegen: **Parteiausschluss**
hier: Verweisung

hat das Bundesschiedsgericht,

aufgrund der schriftlichen Vorträge im Umlauf am 7. November 2019,

durch
den Vorsitzenden Richter Stefan Thöni als Berichterstatter,
den Richter Georg von Boroviczeny,
den Richter Michael Ebner,
den Richter Holger van Lengerich und
den Ersatzrichter Mirko Pauli

beschlossen:

1. **Das Verfahren LSG-NRW2019-001-H wird ans Landesschiedsgericht Brandenburg verwiesen.**

- 1/2 -

Das Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Stefan
Thöni
Vorsitzender Richter

Michael
Ebner
Richter

Georg
v. Boroviczeny
Richter

Gregory
Engels
Richter

Holger
van Lengerich
Richter

Mirko
Pauli
Richter

I. Sachverhalt

Die Parteien streiten über den Parteiausschluss des Antragsgegners und Berufungsgegners wegen Vorkommnissen im Europaparlament und betreffend die Europawahl. Das Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen hat mit Urteil vom 28. Mai 2019 den Ausschluss des Berufungsgegners aus der Piratenpartei Deutschland abgelehnt.

Am 9. Juni 2019 hat der Antragssteller beim Bundesschiedsgericht Berufung eingelegt. Mit Urteil vom 16. September 2019 hat das Bundesschiedsgericht das Urteil des Landesschiedsgerichts Nordrhein-Westfalen aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Mit Beschluss vom 13. Oktober 2019 hat sich das Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen für das Verfahren LSG-NRW2019-001-H für handlungsunfähig erklärt, nachdem ein Richter wegen fortgesetzter Nichtteilnahme ausgeschlossen wurde und kein Ersatzrichter übernehmen konnte.

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2019 hat der Antragsteller beantragt, das Verfahren an ein anderes Landesschiedsgericht zu verweisen.

Der Antragsgegner hat hiergegen eingewandt, dass eine Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Landesschiedsgerichts Nordrhein-Westfalen durch Nachwahl am anstehenden Landesparteitag möglich wäre.

Am Landesparteitag Nordrhein-Westfalen am 26. und 27. Oktober 2019 in Herne fand nach Aussage des Vorsitzenden Richters keine Nachwahl zum Landesschiedsgericht statt.

Das Landesschiedsgericht Brandenburg hat auf Nachfrage des Bundesschiedsgerichts erklärt, aktuell handlungsfähig zu sein.

Der Richter Gregory Engels wurde mit Beschluss des Bundesschiedsgericht vom 7. November 2019 wegen Besorgnis der Befangenheit von diesem Verfahren ausgeschlossen.

II. Gründe

Ist das zuständige Gericht handlungsunfähig, so verweist das nächsthöhere Gericht den Fall gemäß § 6 Abs. 5 Schiedsgerichtsordnung (SGO) an ein anderes, der Eingangsinstanz gleichrangiges, Gericht.

Das Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen ist mit nur mehr zwei in diesem Verfahren zur Entscheidung befugten Richtern besetzt, so dass es gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 SGO in dieser Sache nicht mehr beschlussfähig. Deshalb ist das Verfahren an ein anderes Landesschiedsgericht zu verweisen.

Stefan Thöni

Georg von
Boroviczeny

Michael Ebner

Holger van
Lengerich

Mirko Pauli

Rechtsmittel

Gegen Entscheidungen des Bundesschiedsgerichtes sind innerparteilich keine Rechtsmittel möglich. Gegebenenfalls können die ordentlichen Gerichte angerufen werden.